

Liebe Kolleginnen!

Es gibt genug zu tun: An allen Ecken in Kirche, Politik und Gesellschaft brennt es. Wie wichtig ist es, im Gespräch zu bleiben, aber noch wichtiger ist es, dass man redlich und respektvoll miteinander spricht und sich an der Wahrheit orientiert. Das Thema der **123. Bundeshauptversammlung des VkdL** lautet daher: **„Missbrauch von Sprache — Missbrauch von Macht“**. Bitte notieren Sie sich schon jetzt den Termin: **21. — 23.6.2019** und seien Sie im Juni 2019 mit dabei!

Ihre

Resvika Fickel

VkdL-Info 2 / 2019



Wie geht es mit dem Islamunterricht in NRW weiter?

Ende Juli 2019 läuft das sogenannte Beiratsmodell für den Islamunterricht aus. Wie es danach mit einer Anschlussregelung weitergeht, das lässt die nordrhein-westfälische Landesregierung derzeit offen. Das Fach soll schrittweise in deutscher Sprache ausgebaut werden. Auf welcher Grundlage der islamische Religionsunterricht zukünftig angeboten wird, ist im Einzelnen ungeklärt. Die Zusammenarbeit mit dem deutsch-türkischen Moscheeverband Ditib ist schwierig geworden, seitdem Medienberichte über deren Zusammenarbeit mit radikalen Kräften und Spekulationen über Kriegspropaganda in Ditib-Moscheen für Verunsicherung sorgten. Die Kooperationen im Schulbereich ruhen, nachdem die Spionageberichte über Gülen-Anhänger Ende 2016 dazu geführt hatten, dass die NRW-Landesregierung der Ditib die aktive Teilnahme im Beirat untersagte. Dennoch ist langfristig die Frage, ob ein aufgeklärter Islamunterricht ohne Ditib möglich ist — zumal die Akzeptanz der muslimischen Eltern stark nachlassen könnte, wenn die Ditib als Partner wegfielen. Und dann hätte Deutschland ein neues Problem: die religiöse Unterweisung würde bevorzugt in Ditib-Moscheen stattfinden, wo eine Staatsreligion im Sinne des Erdogan-Regimes vermittelt wird. Gegenwärtig prüft die Staatsanwaltschaft in Düsseldorf immer noch, ob es sich bei der Ditib juristisch um eine Religionsgemeinschaft handelt. Die Zeit drängt, wenn in NRW nicht Chaos drohen soll ...

Missbrauchsbeauftragter spricht sich für Beibehaltung des Zölibats aus

An den geplanten „Missbrauchsgipfel“ Ende Februar 2019 werden zum Teil hohe Reformervwartungen geknüpft — eine davon bezieht sich auf die Forderung, langfristig auf den Zölibat in der katholischen Kirche zu verzichten. Inzwischen haben sich bereits unter den Bischöfen Lager gebildet. Der verantwortliche Missbrauchsbeauftragte, *Bischof Stephan Ackermann*, hat jetzt laut KNA-Pressebericht noch einmal klar betont, dass er „die Ehelosigkeit bei Priestern für eine wertvolle Lebensform“ hält. Zu bedenken gibt der Bischof das schlechte Image: Am 7. Februar sagte Bischof Ackermann gegenüber der „Südwest Presse“, dass jemand, der ehelos lebe, schnell in den Verdacht komme, „dass bei ihm etwas nicht stimmt“. Zu Unrecht, denn die meisten Missbrauchsfälle geschehen im familiären Umfeld. Der Bischof gab auch zu bedenken, dass **„diese Lebensform verschwinden würde, wenn der Zölibat nicht verpflichtend wäre“**. Es komme vor allem auf eine gute Auswahl, Ausbildung und professionelle Begleitung von Priesteramtskandidaten an. Das Thema ist so komplex, dass es noch viel Zeit brauchen wird, um in dieser Frage zu einer christlich verantwortbaren Antwort zu kommen, die alle zufriedenstellt.

Frau als Personalchefin in Aachen

Die Hauptabteilung im Bistum Aachen wird nun von einer Frau geleitet: Ab 1. Februar 2019 leitet **Margherita Onorato-Simonis** die Hauptabteilung „Pastoralpersonal“ und folgt ihrem Vorgänger *Alfred Etheber*, der zum 1. Januar das Bistum auf eigenen Wunsch verließ.

Die studierte Soziologin, Psychologin und Politikwissenschaftlerin ist bereits seit 2009 in der Personalabteilung tätig. Nun ist sie mit der Begleitung des Personals im Bistum Aachen verantwortlich betraut: es gibt 240 Priester, 200 Gemeindeferenten, 60 Diakone, 100 Pastoralreferenten und 25 Pastoralassistenten. In Zukunft plant das Bistum die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle „Priesterreferent“, um die Hauptabteilung zu entlasten. Mit der Stellenbesetzung durch eine Frau kommt das Bistum dem Wunsch von Papst Franziskus nach, zukünftig verstärkt Frauen zu fördern und in Leitungspositionen einzustellen.

Kopftuchstreit vor dem Europäischen Gerichtshof

Darf ein Unternehmen seinen Angestellten das Tragen großflächiger Symbole grundsätzlich untersagen? Diese Rechtsfrage beschäftigt das Bundesarbeitsgericht (BAG) in einem aktuellen Fall: eine Drogeriemarktkette hat einer Arbeitnehmerin mit Kundenkontakt das Tragen eines Kopftuchs während der Arbeitszeit untersagt.

Bei der Abwägung des Rechts auf unternehmerische Freiheit nach europäischem Recht und dem Grundrecht auf freie Religionsausübung nach dem deutschen Grundgesetz (GG) sieht das BAG einen Konflikt von Unionsrecht und nationalem Verfassungsrecht. Wegen Zweifeln bei der Auslegung europäischen Rechts hat das BAG den Fall nun dem Europäischen Gerichtshof vorgelegt, um vor einer letztinstanzlichen Entscheidung des BAG eine Vorabentscheidung zur Auslegung des europäischen Rechts zu treffen. Das ausgesetzte Verfahren vor dem BAG wird vermutlich in etwa eineinhalb Jahren fortgesetzt.



Geplant und umstritten: Studie zu den Folgen von Abtreibung

Das lange Ringen um § 219a hat erst jüngst zu einem Kompromiss in der Regierung geführt, der Christen, die den Lebensschutz großschreiben, nicht befriedigen kann: Immerhin bleibt eine offene Werbung für die Abtreibung untersagt, wenngleich Ärzte/Krankenhäuser nun darüber informieren dürfen, wenn sie Abtreibungen durchführen.

Gesundheitsminister Jens Spahn hat nun im Nachgang eine Studie vorgeschlagen, die die Folgen und Belastungen nach einer Abtreibung in den Blick nehmen soll. Erwartungsgemäß ist der Tenor bei den Medien gemischt, mit einer Tendenz zur Kritik am Vorschlag. Auch im KNA-Pressericht vom 1.2.2019 werden die kritischen Stimmen der SPD-Bundestagsabgeordneten *Hilde Mattheis* und der SPD-Europaabgeordneten *Maria Noichl* zitiert, die darin lediglich einen Angriff gegen Frauen sehen. Da die Faktenlage aber alles andere als klar ist, wie die CDU-Politikerin *Elisabeth Winkelmann-Becker* gegenüber KNA betont („Derzeit herrscht in der Wissenschaft Unklarheit, welche psychischen Langzeitfolgen sich nach einer Abtreibung ergeben können und welche Faktoren mitreinspielen“), scheint eine deutsche Studie fällig, zumal Untersuchungen zur psychischen Verfassung vor allem aus dem Ausland kommen. So verweist *Alexandra Linder* von „Aktion Lebensrecht für Alle“ auf das „Post Abortion Syndrom“, wie es in den Untersuchungen der US-Forscherin *Priscilla Coleman* beschrieben ist. Studie hin oder her: entscheidend ist, dass es hier um menschliches Leben und existenzielle Fragen geht, das sollte uns doch etwas wert sein!

Über Mobbing, Elternrolle & WhatsApp

Immer stärker wird das Leben von Kindern und Jugendlichen durch Mobbing getrübt — eine soziale Ausgrenzung kann dabei u.U. auch zum Suizid führen. Eine Studie des **Forsa-Instituts 2018** hat 1000 Eltern von 6- bis 18-Jährigen befragt und eindeutige Ergebnisse gezeigt: Jedes 5. Kind unter den Sechs- bis Neunjährigen fühlt sich sehr häufig bzw. häufig durch verbale und körperliche Attacken sowie Angriffe über Soziale Netzwerke belastet. Als großes Problem betrachtet die Psychologin *Franziska Klemm* von der „Kaufmännischen Krankenkasse“ (KKH = Auftraggeber der Forsa-Studie) das Cyber-Mobbing, bei dem durch Verfremdung die Hemmschwelle für Gewalt herabgesetzt wird. Der richtige Umgang mit digitalen Medien und Sozialen Netzwerken ist das A & O — eine Prävention muss auch zu Hause stattfinden, und: die Eltern müssen mit gutem Vorbild vormachen, wie es geht. Der Präsident des „Deutschen Lehrerverbands“, *Heinz-Peter Meidinger*, hat die zunehmenden Mobbingfälle via WhatsApp beklagt. Er begrüßt zwar das Bundesprogramm „Anti-Mobbing-Profis“, mit dem 200 Sozialpädagogen in die Schulen geschickt wurden, aber er fragt kritisch: Was passiert an den Schulen, wenn die Profis weg sind? Wichtig sei eine nachhaltige Wertevermittlung in Familie & Schule, die Empathiefähigkeit und friedliches Zusammenleben langfristig sichern.

Besorgniserregender Vertrauensverlust bei Institutionen

Nach Angaben eines Anfang Januar veröffentlichten Trend-Barometers von RTL/n-tv haben Institutionen in Deutschland sehr viel Vertrauen verloren in der Bevölkerung. Zwar liegen die **Polizei** (78 %), **Universitäten** und **Ärzte** (je 77 %) noch relativ weit vorne in der Gunst, aber besonders stark zurückgegangen ist das Vertrauen zum **Papst** (minus 20 %), zur **katholischen** (minus 9 %) und **evangelischen Kirche** (minus 10 %), zur **Bundeswehr** (minus 13 %) und zu den **Schulen** (minus 10 %) sowie zum **Arbeitgeber** (minus 9 % bei Erwerbstätigen). Laut KNA-Bericht spricht der Chef des Forsa-Meinungsforschungsinstituts, *Manfred Güllner*, von „einer beispiellosen flächendeckenden Vertrauens-Erosion“. Mit dazu beigetragen habe die mühsame Regierungsbildung und immer wiederkehrende Streitigkeiten in Union und Koalition. Die Zunahme von Privatisierung und Wettbewerb in den lebensnotwendigen Bereichen Gesundheit, Sicherheit, Bildung, Infrastruktur und Kultur haben nach Aussage des Bundesvorsitzenden des „Deutschen Beamtenbundes“, *Ulrich Silberbach*, der Qualität geschadet. Man benötige dringend einen starken und handlungsfähigen Staat.

Virtuelle Klassenzimmer sind keine ausreichende Ausbildungsbasis!

Nach Experten-Einschätzung des Schulpädagogen *Klaus Zierer* sind Virtual-Reality-Welten nicht geeignet, Lehrer auf ihre berufliche Zukunft vorzubereiten. Für die Interaktion im Klassenzimmer ist und bleibt die persönliche Beziehung zu den Schülerinnen und Schülern entscheidend, so Zierer, um langfristig Vertrauen aufbauen zu können. Zwar gibt es in Amerika und China zahlreiche Programme, die mit programmierten Schüler-Figuren Unterrichtssituationen nachstellen, aber dies kann eine Klassenführung unter menschlichen Bedingungen nicht ersetzen. Fehler sind, so Zierer, der „Motor des Lernens“ in der Lehrerbildung. Daher sollte man den Studenten viel Zeit geben, **Klassenführung zu üben**.

Kitafrei-Trends und was dahinter steckt ...

Immer mehr Eltern und vor allem Mütter haben offenbar das Bedürfnis, selbst zu entscheiden, wie sie ihre Kinder in den ersten Lebensjahren betreuen und erziehen — und keine Lust, sich dies politisch oder gesellschaftlich vorschreiben zu lassen. So wies jüngst der Verein „**Verantwortung für die Familie e.V.**“ darauf hin, dass „sich immer mehr Eltern für eine kitafreie Erziehung“ entscheiden. Kinderbetreuung ist vorrangig Familiensache, so das Motto des „kitafrei-Trends“, den man im Internet anhand zahlreicher Blog-Beiträge ablesen kann. Den Eltern geht es vor allem um Wahlfreiheit: Sie wollen ihre Kinder individuell fördern und mehr Zeit mit ihnen verbringen. Dabei ist wichtig, dass dies ganz normale Eltern sind, die nicht gegen die Kita rebellieren oder sich gar als „Elite“-Eltern verstehen, sondern die sich vielmehr bewusst für ein Leben als „kindergartenfreie Selbstbetreuer“ entscheiden (vgl. z.B. Blog auf <https://aktiv-mit-kindern.com>) und sich nicht einreden lassen wollen, dass sie alles schlechter machen als die Kita!

Kardinal Gerhard Ludwig Müller: Die Kirche ist nicht durch Anpassung an die Welt zu retten

In einem offenen Brief an den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, *Reinhard Kardinal Marx*, haben prominente deutsche Katholiken jüngst Reformen gefordert, die das System der katholischen Kirche im Hinblick auf seine Dogmen infrage stellt. Sie fordern: „Es muss alles anders werden“ — so gibt „Die Tagespost“ den Schlachtruf der Reformen wieder. Die Missbrauchsstudie wird dabei als „Brechstange“ genutzt, „mit der die Sakramentenpraxis, die Weihetheologie, die Sexualmoral und die Verfasstheit der Kirche ausgehebelt werden sollen“ (www.die-tagespost.de/politik/Missbrauch-mit-dem-Missbrauch). Kardinal Gerhard Ludwig Müller bezeichnete die Brief-Autoren in diesem Zusammenhang als „klerikal-männerbündische Gruppe“, die die Missbrauchsstudie instrumentalisieren, um den Zölibat abzuschaffen, das Frauenpriestertum einzuführen und das apostolische Amt zu entsakramentalisieren. Müller bedauert, dass man sich in Deutschland einreden lasse, die Kirche sei nur zu retten, wenn man sie „dieser Welt“ anpasse. Er plädiert dafür, dass sich die Kirche „durch eine Erneuerung des Denkens“ selbst prüft, um zu erkennen, **was Gottes Wille ist**, anstatt immer nur den Fokus auf das zu richten, was die Menschen wollen.